

WOLFGANG GEHRCKE

Geschichtslosigkeit führt zu Gesichtslosigkeit!

Die kommunistische Linke in der Bundesrepublik Deutschland

Sozialistinnen und Sozialisten werden anhaltenden und zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt sein, wenn sie nicht einen sinnvollen Weg finden, sich mit ihrer Geschichte weiter auseinanderzusetzen. Ohne historische Wurzeln, die Besinnung auf Traditionen und die Kritik der Traditionen droht Geschichtslosigkeit. Und: Geschichtslosigkeit führt zu Gesichtslosigkeit. Zu diesem bekannten Problem sei ein weiteres hinzugefügt: das Ost-West-Problem. Für die PDS waren Geschichtsdebatten fast ausschließlich DDR- und SED-spezifisch. Dies ist verständlich, kann aber nicht so bleiben. Auch der Westen hatte seine Linke mit ihrer Geschichte.

Geschichte der BRD und der DDR in ihren Gegensätzen und in ihrer wechselseitigen Bedingtheit, Geschichte von Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten und anderen linken Kräften in beiden deutschen Staaten müssen als Teil deutscher Geschichte angenommen und bearbeitet werden. Die Linke im Westen weiß wenig von der im Osten, und umgekehrt ist es nicht viel anders. Geschichtliche Kenntnisse könnten u.a. auch ein Zugang dafür sein, besser verstehen zu können, warum wer so ist, wie er ist.

Zu einem weitgehend unbearbeiteten Teil gehört die Geschichte der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland und als Teil dieser die Geschichte von KPD und DKP. Manfred Kapluck beleuchtet in UTOPIE kreativ anlässlich des 40. Jahrestages des KPD-Verbotes die Neukonstituierung der DKP in der BRD. Das ist verdienstvoll, denn von den ohnehin wenigen Veröffentlichungen sind viele durch Vorbehalte verzerrt oder durch Rechtfertigungszwänge verklärt. Durch Manfred Kapluck erfahren Leserinnen und Leser Neues. Manches aber auch nicht. Kapluck lüftet die Kutte – aber was trägt der Mönch darunter? Aus diesem Grunde stelle ich meine Kenntnisse und Analysen über die Zeit vom KPD-Verbot bis zur Konstituierung der DKP 1968 neben die von Kapluck.

Partei Kommunismus war immer nur ein Teil des realen Kommunismus
Aufklärung über die Geschichte von KPD und DKP ist nötig, auch dann, wenn heute klar ist, daß die KPD und später die DKP nur ein Teil der organisierten und nicht organisierten Kommunistinnen und Kommunisten waren. Über die heutige DKP kann und will ich mir kein Urteil erlauben. Aber es gab schon in der Alt-BRD weit mehr Menschen, die sich als Kommunistinnen und Kommunisten

Wolfgang Gehrcke –
Jg. 1943, von Beruf Journalist; 1968 Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg, im Januar 1990 (nach dem Scheitern des Versuchs einer Erneuerung der DKP) Austritt und Beteiligung an dem Versuch, ein Sozialistisches Forum aufzubauen, einer der Initiatoren für eine Linke Liste/PDS; z.Z. stellvertretender Vorsitzender der PDS.

verstanden, als in der KPD oder später in der DKP organisiert waren – und dies wird heute nicht viel anders sein.

In der Vergangenheit ist in den verschiedenen Kommunistischen Parteien, Aufbauorganisationen und Bündnissen viel Kraft und Gedankenreichtum darauf vergeudet worden nachzuweisen, daß nur die eigene Richtung sich mit Recht kommunistisch nennen dürfe. In dieser Logik waren die jeweils anderen zumindest eine Abweichung und Revision des »wahren Kommunismus«, wenn nicht eine Agentur des politischen Gegners.

Um nichts anderes wurde so erbittert gekämpft wie um das Monopol, sich »kommunistisch« nennen zu dürfen. Diesen Streit ins Heute zu verlängern, wäre unproduktiv. Kommunistinnen und Kommunisten sollten – zumindest in der Rückschau – verstehen, daß auch ihre Bewegung plural war. Schon deshalb ist es wichtig, daß neben der Option, die zur Gründung der DKP führte, andere Möglichkeiten existierten.

Das KPD-Verbot und seine Folgen

Bekanntlich wurde die KPD am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Dieses Verbot besteht juristisch bis heute fort – wider Recht, Verfassung und politische Vernunft. Was den Fortbestand des KPD-Verbotes angeht, widerspricht er dem Verbotsurteil. Denn das Verfassungsgericht sah eine künftige Vereinigung der beiden deutschen Staaten als Zäsur des Verbotes an. Parteivorstand und die Bundestagsgruppe der PDS haben sich – auch deshalb – ausführlich auf einem historisch-rechtspolitischen Kolloquium damit befaßt und die Aufhebung des KPD-Verbotes gefordert.

Grundgesetz, Verfassungswirklichkeit, kurz: die Demokratie in der Bundesrepublik haben am KPD-Verbot tiefgreifenden und anhaltenden Schaden genommen. Mindestens für den Zeitraum von 1951 (Antrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht) bis 1967/68 (Liberalisierung des politischen Strafrechts) ersetzte das politische Strafrecht weitgehend die geistige Auseinandersetzung. Die juristische Variante des Kalten Krieges führte in diesem Zusammenhang zu rund 250.000 Ermittlungsverfahren und zu über 10.000 Inhaftierungen.

Die KPD hatte, als sie 1956 verboten wurde, noch ca. 80.000 Mitglieder. Der aktivste und entschlossenste Teil ihrer Mitgliedschaft setzte in der Illegalität den Kampf fort. Bekannte Mitglieder der Parteiführung mußten in die DDR emigrieren, ihnen drohten langjährige Haftstrafen. Viele Mitglieder der KPD zogen sich aus der direkten Partearbeit zurück und suchten neue Betätigungsfelder. Die Ablehnung des KPD-Verbotes unter Demokratinnen und Demokraten in der BRD war weit verbreitet und die direkte Solidarität mit einzelnen Kommunistinnen und Kommunisten hoch. Trotzdem blieben größere politische Gegenbewegungen bis in die Mitte der sechziger Jahre aus. Dafür sind die Zu- und Umstände des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz, auf die Manfred Kapluck aufmerksam macht, eine wichtige, aber keine ausreichende Begründung.

Die Ursachen des KPD-Verbotes lagen nicht in der Politik der

KPD, dafür trägt die damalige Bundesregierung die Verantwortung. Daß aber das KPD-Verbot selbst rasch durchgesetzt und sozialistische Alternativen in der BRD über Jahrzehnte chancenlos waren, war auch der Politik und Verfaßtheit von KPD und SED geschuldet. Diether Posser, ehemaliger Justizminister in NRW und engagierter Mitstreiter von Gustav Heinemann, der zahlreichen Kommunistinnen und Kommunisten als »Anwalt im Kalten Krieg« juristischen Beistand leistete, beschreibt die Situation in seinem gleichnamigen Buch: »Auch hatte die KPD schwere Fehler gemacht und als Partei jede Sympathie außerhalb ihrer Mitglieder verloren; die oft byzantinisch anmutende Verherrlichung sowjetischer Politiker, vor allem Stalins, die völlige Kritiklosigkeit gegenüber Mißständen in der DDR, die Verkündung scheinrevolutionärer Phrasen, die oft beleidigende und verunglimpfende Sprache gegenüber der Bundesregierung und anderes mehr«. Dieser Wertung stimme ich zu.

Bis Mitte der sechziger Jahre dominieren der Kalte Krieg und die Blockzuordnung. Die Bundesregierung setzt mit Hilfe der Justiz und der Polizei das Verbot rasch durch. Die KPD geht in die Illegalität und in die Emigration. Die SED-Führung verhält sich solidarisch, aber passiv. Größere Gegenbewegungen bleiben aus. Kommunistische Politik in der Bundesrepublik Deutschland ist isoliert. Mitte der sechziger Jahre deuten sich in der BRD und international Veränderungen an, die auch neue Chancen für kommunistische Politik und für die Aufhebung des KPD-Verbotes mit sich bringen. Sie kulminieren in der 68er Bewegung, unter deren Druck und geistiger Ausstrahlung Willy Brandt sich zu einer Politik des »mehr Demokratie wagen« entschließt.

In der Alt-BRD entwickelt sich Mitte der sechziger Jahre eine Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze und gegen den weiteren Demokratieabbau. Wirtschaftlich gerät die BRD in eine Krise. Streiks bzw. sogenannte wilde Streiks breiten sich aus. Größere Teile der Jugend, insbesondere der studentischen Jugend, beginnen gegen das Schweigen ihrer Eltern, Lehrer und anderer Bezugspersonen über ihr Verhalten im Faschismus zu rebellieren. Die USA verliert ob ihrer Verwicklung in den Vietnam-Krieg an Integrationskraft. Fidel, Che, Ho und andere Führer nationaler Befreiungsbewegungen werden zu Leitbildern. Als Alternative zum Kalten Krieg und der latenten Möglichkeit eines atomaren Weltkrieges gewinnt der Gedanke und die Politik einer friedlichen Ko-Existenz an Dynamik. Die außenpolitische Isolierung der DDR bricht auf und die Hallstein-Doktrin zusammen. An die Stelle einer CDU-geführten Bundesregierung tritt eine große Koalition von CDU und SPD. In der SPD werden erstmals nach Godesberg die Widersprüche sichtbar. Umordnungen im politischen System deuten sich an. In diesem Umfeld nimmt die Bewegung für eine Aufhebung des KPD-Verbotes, als Teil der Demokratiebewegung, zu.

Die politische Klasse der BRD ist in der Krise.

1965/66 und 1967 hat sich folgende Lage herausgebildet: Die herrschenden politischen Eliten brauchen eine innen- und außenpolitische Modernisierung. Außenpolitisch brauchen sie, um eine

Weltrolle zu spielen, nachdem die Westbindung der BRD durchgesetzt ist, mehr Spielräume. Von den USA mißtrauisch beäugt, treiben sie mit Frankreich zusammen die Westeuropa-Lösung weiter und suchen eine begrenzte Öffnung nach Osten. Die allerdings haben sie über Jahrzehnte selbst blockiert, verteufelt und verfolgt. Zugleich beginnen in der Bundesrepublik Arbeiterinnen und Arbeiter zu streiken, Demokratinnen und Demokraten zu demonstrieren und Schüler und Studenten zu rebellieren. In dieser Situation kommt es zu einer kurzzeitigen, objektiven Interessenallianz zwischen »oben« und »unten«, nämlich verkrustete Strukturen aufzubrechen. Diese Interessenallianz ändert nichts daran, daß »oben« und »unten« sich subjektiv feindlich, politisch gegensätzlich und militant gegenüberstehen.

Die herrschenden Kräfte nutzen die 68er Rebellion, um den nötigen Modernisierungsschub einzuleiten und einen Elitenwechsel zu organisieren. Die dafür geeignete, nicht verbrauchte politische Kraft ist die SPD. An sie fällt die Regierung.

Der Preis, den die politische Klasse dafür entrichten muß, ist eine Demokratisierung der Gesellschaft. Diese geht unter dem Druck der Bewegungen über die vorgezeichneten Grenzen hinaus. Gleichzeitig mit ihrem »Rückzug« organisieren die herrschenden Kräfte mit Repression und Integration alle Möglichkeiten, das »Bündnis« von Demokratie und Modernität so rasch wie möglich wieder aufkündigen zu können. Das Ende des »Bündnisses« von Demokratie und Modernität ist gleichzeitig das Ende der Ära Brandt. Doch zurück.

Was heißt das für das KPD-Verbot? Für eine neue Ost-Politik ist das KPD-Verbot ein Hindernis. In der Demokratie- und Studentenbewegung wird es zum Thema. Einzelne Kommunistinnen und Kommunisten gewinnen Einfluß in verschiedenen Massenbewegungen. Marx, Engels und Lenin werden ebenso wie Brecht und neue linke Theoretiker, wie Herbert Marcuse, von der studentischen Bewegung entdeckt. Die politische Klasse kann das KPD-Verbot nicht geradlinig aufrechterhalten. Die linken Kräfte sind nicht stark genug, eine Aufhebung durchzusetzen. Die SED-Führung gewinnt ihr Interesse an der KPD zurück.

Wie kommt die BRD zu einer legalen KP?

In den Führungen von KPD und SED werden in dieser Situation drei Optionen diskutiert:

Die erste lautet: Fortsetzung des Kampfes gegen das KPD-Verbot mit dem Ziel einer realen Aufhebung des Verbotes. Diese Linie wird energisch von Max Reimann, dem Vorsitzenden der KPD, von Mitgliedern des SED-Politbüros und bekannten Personen der Öffentlichkeit, wie dem Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, vertreten. Sie hat starke Anhänger im Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Die zweite Option zielt auf die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei. Diese Variante trägt dem geschilderten Kräfteverhältnis Rechnung. Das KPD-Verbotsurteil steht dem nicht entgegen. Die SPD-Bundesregierung kann sich damit arrangieren und kommt aus einer Klemme.

Eine »neue« Partei kann sofort in den Bewegungen aktiv werden. Diese Konzeption wird von den jüngeren Mitgliedern der KPD-Führung favorisiert. Sie versprechen sich zudem von dieser Lösung einen Umbruch in den verkrusteten Führungsstrukturen der KPD. Im Politbüro der SED treibt Erich Honecker diese Konzeption voran. Nicht ohne eigene Interessen, denn ein Führungswechsel in der KPD stärkt seine Position bei einem Führungswechsel in der SED.

Die dritte Option lautet: nicht KPD oder DKP, sondern eine Sozialistische Partei. Weitgehend unbekannt sind die Bestrebungen zur Gründung einer Sozialistischen Partei in der BRD, wie sie von dem in Marburg lebenden, aus der DDR verdrängten Sozialisten Professor Wolfgang Abendroth zusammen mit ihm Gleichgesinnten und Kommunistinnen und Kommunisten angestellt wurden. Wolfgang Abendroth und weitere Sozialisten wurden nach Godesberg 1961 aus der SPD ausgeschlossen. Sie unterhielten zahlreiche Verbindungen zu gewerkschaftlichen Linken, zu kulturellen und geistigen Zentren und können zu den geistigen Vätern der 68er Bewegung gezählt werden. Sie sahen in der Anti-Notstandsbewegung, in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, in den studentischen Rebellionen und betrieblichen Aktionen die Chance, aus linken Sozialdemokraten, undogmatischen Sozialisten und KPD-Mitgliedern eine neue Partei zu bilden. Dies wollten sie einvernehmlich mit der KPD. Eine sozialistische Partei sollte auch eine Alternative für kritische SPD-Mitglieder sein.

In der KPD-Führung fanden diese Gedanken wenig Fürsprecher. Im SED-Politbüro jedoch engagierte sich Walter Ulbricht für eine Bündnispartei, insbesondere mit Sozialdemokraten. Daneben, so Ulbricht, sollte die KPD fortbestehen. Im Ergebnis von Ulbrichts Überlegungen entstand die Wahl- und Bündnispartei Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF). Sie scheiterte bei den Bundestagswahlen an der 5-Prozent-Klausel und wurde, nachdem sich die DKP etabliert hatte, sang- und klanglos beerdigt.

Abendroth u.a. beenden ihre Bemühungen um eine sozialistische Partei nach dem Einmarsch in die CSSR. Es gab keine gemeinsame politische, weltanschauliche und moralische Basis mehr.

Während sich das Politbüro der SED im gesamten Zeitraum des akut drohenden KPD-Verbetes nur dreimal (!), zumeist unter Vermischtes, mit dieser Frage befaßte, weisen die Jahre 1967 und 1968 eine vielfache und gründliche Diskussion aus – eine Diskussion, die in dieser Form und Umfang in der westdeutschen KPD nicht geführt wurde und unter Bedingungen des KPD-Verbetes vielleicht nicht geführt werden konnte. Auch auf keiner der illegal in der DDR stattfindenden Parteikonferenzen der KPD werden diese Fragen angesprochen.

Im Politbüro der SED findet sich unter Zustimmung der KPdSU eine Mehrheit für die »DKP-Lösung«, ebenso im Politbüro der KPD. Andere, wie der KPD-Vorsitzende Max Reimann oder der langjährige Prozeßvertreter der KPD, Rechtsanwalt Kaul, sind über die DKP-Gründung verzweifelt. In Kauls Nachlaß ist die Notiz zu lesen, mit der »DKP-Gründung seien die Chancen zur Aufhebung des KPD-Verbetes vertan«.

Die Gründung der DKP ist letztlich auf mehrere Faktoren zurückzuführen: auf die Standhaftigkeit und den Opferwillen der illegalen Kommunistinnen und Kommunisten, die veränderte innen- und außenpolitischen Lage, die Demokratiebewegung ebenso wie auf eine veränderte Strategie der SED. Für die SED ist es u.a. wichtig, die »Zweistaatlichkeit«, die Anerkennung der DDR durchzusetzen. Dazu bedurfte auch die BRD einer weitergehend eigenständigen Kommunistischen Partei. Die Dokumente lassen keinen Zweifel zu: Das letzte Wort zur Gründung der DKP hatte die SED. Die Verhältnisse zwischen SED und DKP waren aber vielschichtiger, differenzierter, als sie in den Kategorien von Selbständigkeit und Abhängigkeit zu fassen sind. Dies kann an dieser Stelle nur festgestellt und müßte umfassender beschrieben werden.

Mit der Entscheidung zur Konstituierung der DKP kommt die sozialdemokratischen Bundesregierung aus dem Dilemma heraus, einerseits das KPD-Verbot nicht mehr aufrechterhalten zu können und wollen, andererseits vor einem Gesetz zur Aufhebung des KPD-Verbotes zurückzuschrecken. Nach und parallel zur »DKP-Entscheidung« werden von KPD-Abgesandten unter Vermittlung der italienischen KP Verhandlungen mit der Bundesregierung aufgenommen. Bonn signalisiert grünes Licht. DDR und Sowjetunion bemühen sich um flankierende Stützung über diplomatische Kanäle. Kommunistinnen und Kommunisten bereiten sich auf die Neukonstituierung vor. Die Bundesrepublik hat wieder eine legale Kommunistische Partei, die sich vornimmt, auch Partei der Bundesrepublik zu werden. Die DKP stand in der Tradition der KPD, hat aber politisch, theoretisch wie praktisch Neues entwickelt, befördert. Sie wird – Tücke der Geschichte – letztlich an diesem Neuen scheitern. Ihre Verfaßtheit, ihre Politik und ihr Parteiverständnis konnten keine Hülle bieten, die mit dem Neuen verbundenen Widersprüche auszuhalten und konstruktiv lösen zu können.

Ein persönliches Wort: Ich bin am 10. Oktober 1961 der Kommunistischen Partei Deutschland beigetreten und habe an der Konstituierung der DKP mitgearbeitet. Fast drei Jahrzehnt war ich in der Alt-BRD in der kommunistischen Bewegung und in vielen demokratischen und sozialen Bewegungen aktiv. Ich habe diese mitgeprägt und bin von ihnen geprägt worden. Von manchen meiner Mitstreiter aus der DKP, die ihren heutigen politischen Platz in der SPD oder den Grünen fanden, lese ich über verführten Idealismus, Jugendsünden und verlorene Jahre. Von manchen, die in der DKP blieben hingegen, daß sie nichts bedauern. Beides ist nicht meine Betrachtung. Für mich war und bleibt mein Beitritt zur Kommunistischen Partei ein Schritt der Selbstbefreiung. Ebenso wie mein Bruch mit dieser Politik, Partei und Theoriekonzeption Selbstbefreiung war. An viele und vieles denke ich mit Hochachtung, an anderes mit Bitterkeit. Eigene Fehler, gravierende Fehlentscheidungen und Mängel schmerzen mich. An allem ist zu zweifeln. Heute wie damals.